

Deutschland.

Berlin, 13. Juni. Der durch den gestrigen „Staats-Anzeiger“ publicirte preussische Entwurf zu einer Bundesreform ist den deutschen Staaten mittels einer Depesche vom 10. d. M. mitgetheilt worden. Es wird darin erklärt: Preußen ziehe es vor, sich direct an die einzelnen Regierungen zu wenden, da die Verhandlungen im Neuner-Ausschusse wenig Aussicht auf Erfolg darzubieten schienen. Die Regierungen werden ersucht, die gemachten Propositionen in ernste Erwägung zu ziehen, um den deutschen Bund, wenn er durch einen Krieg seinem Zerfalle entgegengeführt werden sollte, auf neuen Grundlagen wieder aufzubauen. — Dieser Zerfall des Bundes würde übrigens, auch ohne daß der Krieg ausgebrochen wäre, jedenfalls dadurch herbeigeführt werden, wenn der österreichische Antrag auf Mobilmachung der Bundesarmee ohne, d. h. gegen Preußen morgen in Frankfurt zur Annahme gelangte. Daß Preußen einen solchen Bundesbeschluß nicht anders aufnehmen würde, denn als einen Akt offener Feindseligkeit gegen Preußen und als vollendeten Bundesbruch, darüber spricht sich heute die „Prov.-Corr.“ mit einer Klarheit und Bestimmtheit aus, daß auch der nachsichtigste für diejenigen Regierungen, welche etwa die Dinge dahin treiben sollten, nicht einmal die Entschuldigung übrig behalten würde: „sie wissen nicht, was sie thun“, zumal, wie ich höre, Preußen die deutschen Regierungen durch ausdrücklich abgegebene Erklärungen in dieser Beziehung allen erwünschten oder unerwünschten Aufschluß in unzweideutigster Weise gegeben hat. — Betreffs der Darlehnskasse vernimmt man glaubhaft, daß der Zubrang von Industriellen und Kaufleuten zu denselben ein sehr bedeutender ist. Ueber den Verkehr der Darlehnskassen mit dem Publikum ist seitens des Finanzministeriums eine Instruction ergangen, welche im Wesentlichen folgende Bestimmungen enthält: Die Abschätzung der Pfänder geschieht durch besonders dazu bestellte Agenten, deren Ansprüche sich die Darlehnsuchenden zu unterwerfen haben, da langwierige Weiterungen dabei unzulässig sind. Die Pfandstücke bleiben an demjenigen Orte, an welchem sie sich gerade in Aufbewahrung befinden, also eventuell auch in den Händen des Pfandgebers; jeder jedoch, der solche Pfandstücke aufbewahrt, hat dafür einzustehen, daß das Recht der Darlehnskasse in keiner Weise verletzt wird und werden zu diesem Zwecke wiederholte Revisionen vorgenommen werden. Die Rückzahlung kann auch in Theilzahlungen erfolgen und wird in solchem Falle ein entsprechender Theil des Pfandes zurückgegeben. — Auf Antrag der Stände Neu-Vorpommerns hat Se. Majestät verordnet, daß der dortige Trinitatistermin, der als Umschlagtermin für die dortigen Verkehrs-Verhältnisse bekanntlich von der größten Bedeutung, diesmal aber mit dem Tage der Urwahlen (25. Juni) zusammenfällt, auf einen andern Tag verlegt werde.

Berlin, 13. Juni. Se. M. der König begab sich am Dienstag, Nachmittags ½ 4 Uhr, in das auswärtige Amt und wohnte dort 2 Stunden lang dem Ministerrathe bei, in welchem auch die Generale v. Moltke, v. Alvensleben, v. Trescow u. anwesend waren. Gestern früh besichtigte der König am Palais die einzelnen vorüberziehenden Bataillone des Garde-Füsiliers-Regiments vor ihrem Abgange zur Armee, insipirte um ½ 10 Uhr, im Beisein des Prinzen August von Württemberg, des General-Feldmarschalls Grafen Brangel, des Gouverneurs Grafen Waldersee, des Stadt-Kommandanten v. Alvensleben u. auf dem Kaiserhofe in der Friedrichstraße das 2. Garde-Regiment z. F., das in der Nacht Berlin verlassen hat, und nahm darauf im Palais zunächst militärische Meldungen und darauf die Vorträge des Geh. Rabinetsrathes v. Mähler, des Geh. Hofrathes Vord entgegen. Zwei Stunden arbeitete der König mit den Generalen v. Moltke, v. Alvensleben und v. Trescow, konferirte dann mit dem Ministerpräsidenten Grafen Bismarck, der vorher eine Minister-Konferenz abgehalten und einige hochgestellte Personen empfangen hatte, und fuhr Abends nach Potsdam, woselbst im dortigen Stadtschloß das Nachtlager genommen wurde. Heute Morgens, nach Besichtigung des zur Armee abgehenden 1. Garde-Regiments z. F., kehrt Se. Maj. der König von Potsdam nach Berlin zurück.

Ihre Maj. die Königin Augusta hat, wie uns aus Karlsruhe gemeldet wird, gestern Mittags Baden-Baden verlassen, ist von dort zunächst nach Koblenz gereist, wird dem Großherzoglichen Hofe zu Weimar einen kurzen Besuch abstaten und spätestens am Sonnabend Morgens von Weimar in Berlin eintreffen.

Se. K. H. der Kronprinz hat, wie verlautet, das Hauptquartier vom Schloße Fürstenstein nach Reife verlegt.

Wie mir mitgetheilt wird, hatte das russische Kabinett auf die Anfrage Oesterreichs, ob letzteres im Kongreß auf seine Unterstützung in der venetianischen Frage zählen dürfe, ablehnend geantwortet. Dies soll das eigentliche Motiv sein, weshalb Oesterreich dann das Zustandekommen der Konferenz verhindert hat, obwohl es dieselbe zuerst scheinbar angenommen hatte.

Der „Köln. Ztg.“ wird aus Berlin, 13. Juni, telegraphirt: Man glaubt, daß, falls der Bundestag morgen den österreichischen Mobilmachungsantrag annehmen sollte, Herr v. Savigny von Frankfurt abberufen wird.

Durch eine Verfügung des Finanz-Ministers werden die Personen, welche indirekte Abgaben, als Zölle, Branntweinsteuer und Nübenzuckersteuer, gestundet erhalten haben, aufgefordert, die gestundeten Abgaben nach Zinsvergütung durch Abzug des jeweiligen Diskontostandes sofort einzuzahlen, oder über die Beträge discountable Wechsel auszustellen, welche von den Staatskassen, denen sie übergeben werden, entweder discountirt oder zur Zeit eingezogen werden. Kreditbewilligungen für die erwähnten Abgaben werden noch ferner gewährt, jedoch soll, sobald der Betrag 100 Thaler beträgt, für diesen ein discountabler Wechsel ausgestellt werden, wenn nicht alsdann Barzahlung geleistet wird.

Wie die „Zeidl. Corr.“ hört, hat die preussische Regierung das Ihrige gethan, um die deutschen Mittel- und Kleinstaaten nicht darüber in Zweifel zu lassen, daß diejenigen Staaten, welche für den österreichischen Antrag in seiner gegenwärtigen Fassung stimmen, von Preußen als Feinde betrachtet und eventuell auch als solche behandelt werden würden.

Nachdem die Minister gestern von 1 Uhr an zu einer Berathung im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten vereinigt waren, traf um 3 Uhr Se. Majestät der König dort ein zur Abhaltung der Konseilsstunde, welche bis gegen 5½ Uhr währte.

Am 5. d. M. trafen der Herzog Wilhelm von Mecklenburg-Schwerin, Kommandeur der 6. Kavallerie-Brigade, nebst Gemalin, und gestern der Prinz Friedrich Karl von Preußen nebst Stab in Muskau ein, und nahmen Wohnung im dortigen Kavalleriehause. Der Prinz Albrecht von Preußen sollte am 9. eintreffen und war das hiesige Hermannsbad zum Empfange des Prinzen eingerichtet.

Aus Frankfurt vom 13. Abends wird der „Spen. Ztg.“ telegraphirt: Bisher war es zweifelhaft, ob der bundesrechtlich nicht zu begründende Antrag Oesterreichs auf Mobilisirung des Bundesheeres die Majorität erhalten würde, obwohl Oesterreich von den 16 Stimmen nur 8 braucht und durch das Präsidialrecht den Ausschlag giebt, während Preußen 9 Stimmen erlangen muß. Dadurch, daß Hannovers Zufuge an Oesterreich feststeht und die 16. Kurie zweifelhaft ist, steht jetzt das Verhältniß wie folgt: Es beschließen morgen den Krieg und Auflösung des Bundes: 1) Oesterreich, 2) Sachsen, 3) Bayern, 4) Württemberg, 5) Hessen-Darmstadt, 6) Hannover, 7) Nassau — Braunschweig, 8) die 16. Kurie (Richtenstein, zwei Reuß, zwei Lippe, Waldeck). Gegen den Krieg stimmen: 1) Preußen, 2) Oldenburg-Anhalt, 3) Baden, 4) Kurhessen, 5) Hansestädte, 6) Thüringische Staaten, 7) Luxemburg, 8) die beiden Mecklenburg.

In Bezug auf die Vorgänge in Holstein vom 11. und 12. berichtet die „N. A. Z.“ zwei Punkte: Erstlich hat sich der Civiladlaten des österreichischen Statthalters in Holstein, Herr v. Hoffmann, nicht, wie in den telegraphischen Depeschen behauptet worden ist, heimlich und bei Nacht, sondern offen und unbehelligt von Iphoe entfernt, nachdem er vorerst eine lange und eingehende Unterredung mit dem preussischen Gouverneur gehabt hat. Sodann ist zweitens die Nachricht unbegründet, daß der vom österreichischen Statthalter zum Regierungs-Kommissar für die beabsichtigte Eröffnung der holsteinischen Ständeverammlung ernannte Regierungsrath Lesser verhaftet worden sei. Derselbe hat sich vielmehr auf den Wunsch des Gouverneurs v. Manteuffel von Iphoe weg und nach Rendsburg begeben.

Wie dem „N. M.“ aus Kiel berichtet wird, sind außer sämtlichen Regierungsräthen auch dem Universitäts-Rektor, so wie dem holsteinischen Telegraphen-Direktor von der Civil-Regierung ihre Entlassungsbefehle zugestellt worden.

Aus Ratibor schreibt man der „Dresd. Ztg.“: Ein Gerücht durchläuft schon seit einigen Tagen das Publikum. Es soll nämlich erkundet worden sein, daß es in der Absicht der Oesterreicher liege, mit 14 Regimenten Kavallerie, welche an der Myslowitz-Neu-Beruner Grenze ständen, urplötzlich in Schlesien einzubringen und direkt nach Breslau zu reiten, um diese Provinzial-Hauptstadt zu besetzen. (Das möchte doch ein Ritt „mit Hindernissen“ werden!)

In Benthien kam an den Eisenbahn-Inspektor, Baumeister Rosenberg, die Weisung, sämtliche nicht zum unentbehrlichen Gebrauch bestimmten Eisenbahn-Utensilien, besonders Wagen, sofort zur Fortsendung nach Norden fertig zu machen. Eine Demolirung der Bahnstrecke bis Kofel event. Ratibor wird als Konsequenz dieser Maßregel als nahe bevorstehend und unvermeidlich bezeichnet.

Salle a. d. S., 12. Juni. Die „Börseztg.“ meldet: Im Laufe des gestrigen Nachmittags hat die Firma A. W. Barnitson u. Sohn ihre Zahlungen eingestellt. Die Verbindung derselben mit den umliegenden Zuderfabriken war überaus umfangreich und es stehen deshalb Nachwirkungen in dieser Richtung zu befürchten. (Die Passiva von Barnitson u. Sohn werden nach der „Bf.- u. Hdl.-Ztg.“ auf 2 Millionen geschätzt.)

Altona, 12. Juni. (H. C.) Am Montag Abend versammelten sich bei dem Erbprinzen Friedrich von Augustenburg eine Anzahl holsteinischer Ständemitglieder, welche soeben von Iphoe zurückgekehrt waren. Die Lage des Landes war Gegenstand der Erörterung. Der Präsident äußerte sich etwa in folgender Weise:

„Dürfte ich nur meinen persönlichen Wünschen folgen, so würde ich unter Ihnen bleiben auch in den Zeiten, die uns jetzt bevorstehen. Allein, ich glaube, meine Pflicht verbietet mir, diesem Wunsche zu folgen, und ich freue mich, daß Sie hierin mit mir übereinstimmen. Wollte ich unter Ihnen bleiben, so würde auch meine Stimme bald erstickt, meine Thätigkeit vernichtet sein. Mein Platz wird immer da sein, wo Raum ist, das Recht Schleswig-Holsteins zu verteidigen, und Sie werden mich jederzeit bereit finden, mit Wort oder That, wie es der Augenblick erfordert, für unser Recht, welches mit dem Rechte Deutschlands eins ist, einzustehen. (Bekanntlich hat der Präsident nur zu intriguirem gewußt.) Sagen Sie dieses Ihren Mitbürgern und sagen Sie ihnen, daß ich fest auf Sie vertraue, wie sie fest auf mich vertrauen können. Wir haben mit einander eine erste Zeit durchlebt. Die alten Tugenden unseres Volkes haben sich auch jetzt von Neuem bewährt. Elnigkeit, Treue, zähes Festhalten am Recht und an der Wahrheit — dagegen vermögen die Waffen der Gewalt Nichts. Wie die Schleswiger schon die Prüfung bestanden haben, so werden auch die Holsteiner derselben gewachsen sein. Ich bedauere, daß auch den Beamten, die treu zum Rechte halten, eine Zeit der

Prüfung nicht erspart werden kann. Da die Militärgewalt als die oberste im Lande und als über den Civil-Autoritäten stehend proklamirt ist, so werden sie sich der faktischen Gewalt fügen müssen, soweit es ihnen ihr Gewissen gestattet. Und nun leben Sie wohl, meine Herren! Auf Wiedersehen, ich hoffe, auf baldiges!“

Dresden, 12. Juni. Bei Gelegenheit der Debatte über das deutsche Parlament äußerte in der Zweiten Kammer der Abg. Riedel unter anderem: „Er könne nicht unerwähnt lassen, ob die heißende Sprache des Herrn Ministers v. Beust gegen die eine deutsche Großmacht im Interesse des sächsischen Volkes gewesen sei. Er glaube, daß die Ehre des sächsischen Volkes auf andere Weise zu wahren gewesen wäre.“ (Nach der „D. A. Z.“ lautete die Aeußerung dahin: Ob die „heißende Sprache“ des Herrn v. Beust gegen Preußen diesen Interessen entspreche, wolle er nicht erörtern, obgleich er das bezweifle und fürchte, daß das sächsische Volk davon noch bittere Früchte ernten werde.)

Weimar, 12. Juni. Heute nahm Se. K. H. der Großherzog eine Parade über die hiesigen Bataillone des Großherz. Kontingents vor ihrem Ausmarsch ab. Dieselben werden nach den bis jetzt getroffenen Bestimmungen, die indessen wegen Anhäufung der Züge auf der Eisenbahn noch eine Abänderung erleiden können, Mittwoch Abend nach Mainz abgehen und Donnerstag Nachmittags dort eintreffen.

Koburg, 11. Juni. Se. H. der Herzog ist vor einigen Tagen nach Karlsruhe gereist.

Wien, 11. Juni. Ein österreichischer für offiziös geltendes Blatt, die „Reichsb. Z.“, erzählt mit großer Zuversicht, daß „mit den Bundesstaaten Bayern, Sachsen, Württemberg und Hessen-Darmstadt lebhafteste Unterhandlungen bezüglich der Aufstellung ihrer Armeekorps, und der Rolle, die sie im Falle der Aktion erhalten sollen, gepflogen werden“ (von Oesterreich natürlich). „Für jetzt“, sagt sie, „läßt sich nur andeuten, daß sich die genannten Mittelstaaten bereit erklärten, ihren Armeen den Platz des linken Flügels unter dem Kommando des österreichischen Generals Prinzen Alexander von Hessen unter dem direkten Oberkommando Benedeks anzuweisen.“

Die schon gemeldete Erkrankung des Fürsten Richtenstein bestätigt die „N. A. Z.“ im Folgenden: Der General-Inspektor der Kavallerie und ernannte Oberbefehlshaber der Reiterei der Nordarmee, General der Kavallerie Fürst Franz Richtenstein, hat eine Gehirn-Affektion erlitten, die ihn ohne Zweifel für immer jeder dienstlichen Verwendung entzieht.

Der „F. P. Z.“ wird unter dem 10. d. berichtet: Ich schrieb Ihnen, der Kaiser habe (vorgestern) telegraphisch bei Benedek angefragt, ob er fertig sei. In zwei Tagen, lautete die Antwort. Heute laufen diese zwei Tage ab. Aber ohne Zweifel geschieht nichts, bevor nicht der Bund gesprochen. (Der Schl. Z.“ schreibt man aus österreichisch-Schlesien: Inzwischen fangen die Bewegungen der Truppen gegen Oberberg schon an. Die um Renty garnisonirenden Truppen bewegten sich schon am 8. gegen Biala zu, nehmen die dort liegenden auf, rücken mit denen vereinigt am 11. auf Skotschau und treffen mit den um Skotschau kantonnirenden am 12. in Teschen ein; dazu kommen um dieselbe Zeit die um Friedek, Weistritz, Neu-Tischchen kantonnirenden, so wie mittels Eisenbahn von Lelpniz und Olmütz Truppen heran, so daß am 13. die Zusammenziehung um Ostrau und Oberberg beendet sein kann, um eventuell am 14. in Preußen einzurücken.)

Paris, 13. Juni. Der Brief des Kaisers an den Minister Drouyn de Lhuys lautet wörtlich:

„Palais der Tuilleries, 11. Juni 1866.
Herr Minister!

Im Augenblicke, wo die Hoffnungen auf den Frieden, welche der beabsichtigte Zusammentritt der Konferenz in uns rege gemacht hatte, zu verschwinden scheinen, ist es wesentlich, durch ein Rundschreiben an die diplomatischen Agenten im Auslande die Gedanken, welche meine Regierung sich vornahm, in dem Rathe Europa's auszusprechen, so wie die Haltung, welche dieselbe Angesichts der sich vorbereitenden Ereignisse zu beobachten gedenkt, auseinanderzusetzen. Diese Mittheilung wird unsere Politik in das rechte Licht stellen. Wenn die Konferenz stattgefunden hätte, so wäre unsere Sprache, Sie wissen es, eine deutliche gewesen. Sie sollten in meinem Namen erklären, daß ich jeden Gedanken an eine territoriale Vergrößerung zurückweise, so lange nicht das europäische Gleichgewicht gebrochen sein würde. Wir könnten in der That an eine Ausdehnung unserer Grenzen nur denken, wenn die Karte Europa's zum ausschließlichen Vortheil einer Großmacht verändert werden, und die Nachbar-Provinzen durch frei ausgedrückten Wunsch ihre Annexion an Frankreich fordern sollten. Außerhalb dieser Bedingungen halte ich es für unsern Landes würdiger, wenn wir territorialen Erwerbungen den werthvollen Vortheil vorziehen, mit unsern Nachbarn in gutem Einvernehmen zu leben, indem wir ihre Unabhängigkeit und ihre Nationalität achten. Beseitigt von diesen Gefinnungen und nichts Anderes ins Auge fassend, als die Aufrechterhaltung des Friedens, hätte ich mich an England und Rußland gewendet, um gemeinschaftlich mit diesen Mächten Worte der Versöhnung an die interessirten Parteien zu richten. Das zwischen den neutralen Mächten hergestellte Einvernehmen wird an sich allein als ein Pfand der Sicherheit für Europa verbleiben. Die neutralen Mächte hatten von ihrer hohen Unparteilichkeit dadurch Zeugnis gegeben, daß sie den Entschluß faßten, die Diskussion der Konferenz auf die schwebenden Fragen zu beschränken. Um dieselben zu lösen, hielt ich es für nothwendig, offen an sie heranzutreten, den diplomatischen Schleier, welcher sie bedeckte, von ihnen zu heben und die legitimen Wünsche der Souveräne und der Völker in ernste Erwägung zu ziehen.

Der entstandene Konflikt hat drei Ursachen: die schlecht abgegrenzte geographische Lage Preußens, den Wunsch Deutschlands nach einer seinen allgemeinen Bedürfnissen mehr entsprechenden politischen Konstitution, und die Nothwendigkeit für Italien, seine nationale Unabhängigkeit zu sichern. Die neutralen Mächte konnten nicht den Willen haben, sich in die inneren Angelegenheiten der fremden Länder zu mischen; nichtdestoweniger hatten die Höfe, welche an den deutschen Bund konstituierenden Völkern Theil genommen haben, das Recht, zu prüfen, ob die verlangten Veränderungen nicht der Art waren, daß durch sie die in Europa festgestellte Ordnung kompromittirt würde. Wir hätten, was uns betrifft, für die Nebenstaaten des deutschen Bundes eine engere Vereinigung, eine mächtigere Organisation, eine bedeutsamere Rolle gewünscht; für Preußen mehr Homogenität und Kraft im Norden; für Oesterreich die Aufrechterhaltung seiner einflussreichen Stellung in Deutschland. Wir hätten ferner gewünscht, daß Oesterreich gegen eine angemessene Entschädigung Venetien an Italien abtreten könnte; denn, wenn Oesterreich in Gemeinschaft mit Preußen, und ohne Bedenken gegen den Vertrag von 1852, im Namen der deutschen Nationalität einen Krieg gegen Dänemark geführt hat, so schien es mir gerecht, daß es dasselbe Prinzip in Italien anerkannte, indem es die Unabhängigkeit der Halbinsel vervollständigte. Dieses sind die Gedanken, welchen wir im Interesse der Ruhe Europas Geltung zu verschaffen versucht haben würden. Heute steht zu befürchten, daß das Loos der Waffen darüber allein entscheide. Welches ist angesichts dieser Eventualitäten die Frankreich zukommende Haltung? Sollen wir unser Mißvergnügen zeigen, weil Deutschland die Verträge von 1815 ohnmächtig findet, um seinen nationalen Bestrebungen zu genügen und seine Ruhe aufrecht zu halten? In dem Kampfe, welcher auf dem Punkte steht, auszubringen, haben wir lediglich zwei Interessen: die Bewahrung des europäischen Gleichgewichts und die Aufrechterhaltung des Werthes, zu dessen Aufbau in Italien wir beigetragen haben. Reicht jedoch die moralische Kraft Frankreichs nicht aus, um diese beiden Interessen sicherzustellen? Wird Frankreich, um seinem Worte Gehör zu verschaffen, gezwungen sein, das Schwert zu ziehen? Ich glaube es nicht.

Wenn trotz unserer Bemühungen die Hoffnungen auf den Frieden sich nicht verwirklichen, so sind wir nichtdestoweniger durch die Erklärungen der an dem Konfliktetheilnehmenden Höfe vergewissert, daß, welches auch die Resultate des Krieges sein mögen, keine der uns berührenden Fragen ohne die Zustimmung Frankreichs gelöst werden wird. Verharren wir daher in einer aufmerksamen, durch unsere Uneigennützigkeit starken Neutralität, besetzt von dem aufrichtigen Wunsche, die Völker Europas ihre Zwistigkeiten vergessen und sich in dem Ziele der Civilisation, der Freiheit und des Fortschritts vereinigen zu sehen. Bleiben wir voll Vertrauens auf unser Recht und ruhig in unserer Stärke.

Hiernach, Herr Minister, bitte ich Gott, daß er Sie in seinem heiligen Schutze behalte.

Turin, 7. Juni. Die Italiener athmen wieder leichter, seitdem gestern die Kunde von dem Scheitern des Kongresses hierher gelangte. Endlich, endlich, heißt es, sind wir von der erdrückenden Ungewissheit befreit und wir wissen nun doch, woran wir sind. Noch niemals wurde wohl ein Krieg von einem Volke so lebhaft herbeigewünscht, wie der bevorstehende von den Italienern, obgleich sie wissen, daß es ein langer und ein blutiger Krieg sein wird, dem Europa entgegengeht und dessen Ende und mögliche Resultate manche von der jetzt lebenden Generation nicht mehr erblicken werden. Die Italiener nennen ihn „den heiligen“, da sie von ihm die Befreiung Venetiens von der österreichischen Herrschaft erwarten. Als solcher wird er in der täglich zu erwartenden Proclamation des Königs bezeichnet werden und auch Garibaldi hat ihm längst diesen Titel gegeben. Von Garibaldi wird eine Ansprache an die Freiwilligen erwartet, in welcher er ihnen gleichzeitig ins Gewissen reden und Muthesucht und strengen Gehorsam verlangen soll. Es ist dies sehr nöthig, denn es kommen uns fortwährend aus allen Depots wirklich traurige Notizen über Meuterei, Widersetzlichkeiten und blutige Gewaltthaten zu, die sich die Freiwilligen zu Schulden kommen lassen, so daß es scheinen möchte, die vorgenommene Säuberung unter ihnen sei nur eine sehr oberflächliche gewesen. Wie gegen den Obersten Corte vom 1., so hat nun auch ein Mordversuch gegen den Obersten Spinazzi vom 2. Regiment stattgefunden. Der Verbrecher ist ein Freiwilliger, der von Spinazzi bestraft worden war. In Bari duellirten sich zwei Freiwillige mit dem Messer, der eine blieb todt, der andere tödtlich verwundet auf dem Platz. Auch Diebstähle haben sich einige zu Schulden kommen lassen. Kurz es wäre eine nochmalige Purifizierung sehr am Platz.

Die Oesterreicher sind in Venetien nicht unthätig. Der Hafen von Venedig wird mittels Balken von 36 Schube Länge, von denen je vier durch eiserne Bänder und starke Schiffsketten zusammengehalten werden, verbarrikadirt. An beiden Enden sind mächtige Eisenringe angebracht, durch welche diese Barrikaden untereinander verbunden werden. Zu Mantua hat das Festungskommando eine Kommission eingesetzt zur Inspektion der Häuser der Stadt, welche zur Aufnahme von Truppen tauglich sind, da außer der dort schon befindlichen Garnison weitere 20,000 Mann anlangen werden, von denen ein großer Theil bei den Bürgern untergebracht werden muß. An der Grenze wird die Passivität mit größter Strenge gehandhabt. Die Minciolinie kann nur bei Peschiera, die Polinie nur bei der Brücke von Santa Maria Maddalena passiert werden. — Die Werbehureau für Freiwillige sollen erst nach begonnener Kriege wieder eröffnet werden. Wann dies der Fall sein wird, weiß Niemand.

Vomern.

Stettin, 14. Juni. (N. St. Ztg.) Die Bewohner von Grünhof, welche täglich genöthigt sind, den Weg zu und von der Stadt mehrfach zurückzulegen, auf demselben aber von dem fast unerträglichen Staube belästigt werden, wollen jetzt zur Selbsthilfe schreiten, da ungeachtet aller Bemühungen von anderer Seite keine Abhilfe erlangt werden konnte. Man beabsichtigt, die Seiten der Stadt auf der Lasterade von heute ab zur Verwendung kommenden Wasserwagen, welche dort nur 2 Stunden Vor- und 2 Stunden Nachmittags gebraucht werden, für die übrige Zeit zur Verwendung in Grünhof und für den dahin führenden Weg gegen eine angemessene Entschädigung an die Wasserleitung zu er-

bittern. Eine für heute oder spätestens für morgen Abend im Kalkschmidt'schen Garten anzuberaumende Versammlung soll darüber weiteren Beschluß fassen. Wir hoffen, daß auch aus der Stadt Beiträge zu diesem Zweck eingebracht werden. — Von Stationierung eines Arztes und Beschleunigung der Anlage einer Apotheke in Grünhof verlautet noch immer nichts.

Der Bürgerverein beabsichtigt heute Abend zum Besten der hilfsbedürftigen Angehörigen der zu den Fahnen einberufenen Militärs in dem Garten des Herrn Georg Kettner „Alhambra“ ein durch die Hauskapelle des letztern auszuführendes Konzert zu geben.

Die Amtsblätter bringen einen sehr beherzigenswerthen Artikel: „Warum der König das Volk zu den Waffen gerufen hat!“

Der Landwehr-Sergeant B. wohnt mit den Eltern des 14-jährigen Burschen Reinhold B. in einem Hause und traf letzteren gestern Abend in der Schubstraße, wo derselbe mit einem sog. Duppelpistolen schoß. Da der Reinhold B. schon wegen schwerer Diebstähle mit 6 und 9 Monaten Gefängniß bestraft ist, so kam dem Sergeanten B. der Besitz jenes Spielzeugs bei dem Burschen verdächtig vor und brachte er ihn daher zum Polizei-Bureau. Hier erklärte Reinhold B. nun, daß er das Geld zu dem Pistol von dem Sergeanten B. selbst habe und gestand ein, daß er durch den Keller und eine Fallthüre in die Wohnung desselben eingestiegen sei, eine Chatouille gewaltsam geöffnet und aus derselben 9 Thlr. 5 Sgr. gestohlen habe. Hiervon hatte er 10 Sgr. ausgegeben und bekam der Sergeant B., der noch nichts davon wußte, daß er überhaupt bestohlen sei, durch diesen Zufall in den Besitz des größten Theils des ihm entwendeten Geldes.

Der Regierungs-Assessor Freiherr v. Dyrnberg ist an die königliche Regierung in Straßburg versetzt und in das Regierungs-Kollegium eingeführt worden.

Personal-Veränderungen bei der königl. General-Kommission für Pommern: Der Spezial-Kommissarius Regierungs-Rath Taubner in Cöslin ist zur General-Kommission in Posen versetzt; — der Gerichts-Assessor v. Voigt ist als Spezial-Kommissarius in Cöslin angestellt; — der Vermessungs-Revisor Sperling in Greifenberg tritt mit dem 1. September in den gewünschten Ruhestand; — die Rittergutsbesitzer Grönlung zu Schönkow und v. Heyden zu Ploeg sind als Kreis-Verordnete des Demminer Kreises, und der Schulze Friedrich Wenzlaff zu Sageritz als Kreisboniteur vereidigt und bestätigt.

Von gestern bis heute Mittags sind 53 Cholera-Erkrankungen und 40 Sterbefälle beim Civil und von vorgestern bis heute 7 Erkrankungen und 2 Todesfälle beim Militär angemeldet.

Straßburg, 13. Juni. Seit dem Ausbrechen der Pocken hier selbst vor gerade 13 Monaten sind im Ganzen 143 Fälle der Krankheit zur polizeilichen Kenntniß gekommen.

(E i n g e s a n d t.)

Die Abhilfe der für die Gesundheit so nachtheiligen Ausdünstung, welche durch das Ausschütten der Latrinen ganz in der Nähe des Berliner Thores stattfindet, ist sowohl für Civil, als das dort zum Exerciren sich aufhaltende Militär, dringend geboten.

Bermischtes.

Die Armee und die Cholera. (Nat.-Ztg.) Geachteter Herr Redakteur! In diesem Augenblicke, wo die preussische Armee zwei Feinden, den Oesterreichern und der Cholera, gegenübersteht, erlauben Sie mir ein Wort des Rathes zur Verhütung der letzteren, indem ich hoffe, daß Patriotismus und Zündnadelgewehr gegen die ersten helfen werden.

In unserem Klima giebt es keine Cholera ohne vorhergegangene Diarrhoe. Stillt man diese letztere zeitig, so kann Cholera nicht zur Entwicklung kommen. Da indessen diese prämonitorische Diarrhoe mitunter nur kurze Zeit dauert, und die davon Befallenen oft aus Nachlässigkeit es veräumen, rechtzeitige Meldung davon zu machen, so handelt es sich offenbar darum, auch diese Diarrhoe zu verhindern. Man gebe daher, sowie der erste Cholerafall in der Armee rapportirt ist, sofort ohne Zaudern jedem Mann, wenn er auch ganz gesund ist, täglich eine Drachme der medizinisch verdünnten Schwefelsäure (Acidum sulphuricum dilutum) in etwas Wasser, das vorher gefochet ist. Dies sollte regelmäßig mit den Rationen ausgetheilt werden. Bricht trotzdem Diarrhoe aus, so reiche man dem Betroffenen sofort 20 Tropfen der gewöhnlichen Opiumtinktur und wiederhole diese Gabe innerhalb ein paar Stunden, falls die Diarrhoe nicht ausbleiben sollte. Mit diesen zwei einfachen, billigen und leicht transportablen Mitteln kann man eine Cholera-Epidemie sicher verhüten, und wenn eine solche ausgebrochen ist, zum Erlöschen zu bringen.

London, 11. Juni 1866. Achtungsvoll und ergebenst

Dr. Julius Althaus,

Arzt am Royal Infirmary.

P. S. Etwas Rum oder Cognac mit der Schwefelsäure würde dieselbe wahrscheinlich bei den Leuten beliebter machen und auch für den Magen sehr zuträglich sein. Das Acidum sulphuricum aromaticum der britischen Pharmacopoe — eine ausgezeichnete Präparation für solche Zwecke — enthält außer der Schwefelsäure rektifizirten Spiritus mit etwas Zimmt und Ingwer.

Neueste Nachrichten.

Darmstadt, 13. Juni, Mittags. Die zweite Kammer hat die Regierungsforderung von 4,105,000 Gulden für Mobilmachung etc., sowie den regierungsfestig adoptirten Minoritätsantrag einer desfallsigen Bewilligung von 2,500,000 Gulden nach erregter Debatte bei namentlicher Abstimmung mit 27 gegen 21 Stimmen vorerst abgelehnt.

Frankfurt a. M., 13. Juni, Abends. Man spricht von einer österreichischen Truppen-Konzentration bei Aschaffenburg.

Die morgende Beschlußnahme des Mobilisierungs-Antrages, welche nach preussischer Auffassung die Auflösung des Bundes bedeuten würde, weil damit ein Theil gegen den andern Krieg beschließt, wird wahrscheinlich mit Stimmengleichheit erfolgen (8 gegen 8), in welchem Falle die Präsidialstimme Oesterreichs den Ausschlag geben würde. Die Stimme der XVI. Kurie (Riechstein, beide Lippe, beide Reuß, Waldeck) wird, da der Gesandte Hr. v. Vindekrantz von Hessen-Darmstadt vertreten, wodurch obiges Stimmverhältniß hergestellt werden dürfte.

Karlsruhe, 13. Juni, Abends. Der hier überreichte

Bundesreform-Entwurf war von nachstehender preussischer Circular-Depeche begleitet:

Unser Antrag am Bunde vom 9. April d. J. auf Berufung eines Parlaments zum Zweck der Bundesreform hat trotz der Mahnung, welche im Ernst der Verhältnisse lag, den von uns im Interesse des Friedens dringend gewünschten Erfolg nicht gehabt. Der bisherige Gang der Verhandlungen läßt vielmehr kaum hoffen, daß im Neunerausschusse, in welchem wir den Inhalt unserer Reformvorschlüge angebracht haben, der Antrag eine rechtzeitige Erledigung finden werde.

Wir wenden uns daher nunmehr unmittelbar an unsere Bundesgenossen und legen ihnen die Grundzüge zu einer neuen Bundesverfassung mit der Bitte vor, sie einer sorgfältigen Erwägung unterziehen und sich zugleich über die Frage schlüssig machen zu wollen, ob sie eventuell, wenn in der Zwischenzeit bei der drohenden Kriegsgefahr die bisherigen Bundes-Verhältnisse sich lösen sollten, einem auf der Basis dieser Modifikationen des alten Bundes-Vertrages neu zu errichtenden Bunde beizutreten bereit sein würden.

Wir ersuche ich ergebenst, der Regierung, bei welcher Sie beglaubigt zu sein die Ehre haben, ein Exemplar der Grundzüge nebst einer Abschrift dieser Depeche gefälligst mittheilen zu wollen. Berlin, den 10. Juni 1866.

(gez.) Bismarck.

München, 13. Juni, Vormittags. Der königl. bairische Generalmajor Hr. Nechberg ist heute abgereist, um das Gouvernament in der Bundesfestung Mainz zu übernehmen.

Der von der Kammer niedergesetzte Ausschuss hat beschlossen, die Forderung des Militär-Kredits unverzüglich zu bewilligen. Als Deckungsmittel sollen die Kassenbestände, die Ueberschüsse des Malz-Ausschlages, ein Anlehen, verzinsliche, event. unverzinsliche Schatzscheine dienen.

Triest, 13. Juni. Mit der Ueberlandpost eingetroffene Berichte aus Kalkutta vom 7. Mai melden, daß in dem Gouvernemente Driffa die Hungersnoth zunehme. Auch in Kalkutta waren die Lebensmittel sehr gestiegen. Der Emir Kabuls hat Kandahar verlassen, um mit 8000 Mann Infanterie und 20,000 Mann Kavallerie Kabul anzugreifen. Nach den letzten Nachrichten ist der Angriff aufgeschoben worden, weil sich im Lager Mangel an Proviant eingestellt. — Zwischen russischen Truppen und denen von Bokhara hat eine Schlacht stattgefunden. Letztere wurden geschlagen, verloren ihre Kanonen und wurden nach allen Richtungen hin zerstreut. — In Bhutan herrschte Unzufriedenheit in Folge des Versuchs, die Steuern zu erhöhen.

London, 13. Juni, Nachmittags. „Reuters Office“ meldet aus Athen vom 12. d. M., daß der König von Griechenland die Vertreter der Schuttmächte zusammenberufen und sie unter Darlegung der kritischen Lage in Griechenland um ihren Rath befragt habe.

Telegr. Depesche der Stettiner Zeitung.

Weimar, 14. Juni. Eine preussische Depesche vom 12. d. Mts. sagt: Die Zustimmung der deutschen Staaten zum Mobilisierungsantrage Oesterreichs, welches auf den Mobilisierungs-Antrag eine besondere Kriegserklärung erlassen werde, werde Preußen einer vollständigen Kriegserklärung jener Regierungen gleichachten. Hierauf sollen die zwischen den preussischen Provinzen liegenden Staaten besonders aufmerksam gemacht sein.

Hannover, 14. Juni. Es heißt, die Regierung beabsichtige das Ansuchen Preußens auf Durchzug einer Division von den Herzogthümern nach Westphalen und der Provinz Sachsen.

Frankfurt a. M., 14. Juni. Das preussische Reform-Projekt soll heute auch dem Bundestage mit besonderer Motivierung übergeben werden.

Wollbericht.

Posen, 12. Juni. Die Zufuhr von Wolle dauerte am 11. lebhaft fort, erreichte aber nicht das vorjährige Quantum von 24,000 Etr. Sie ist auf etwa 20,000 Etr. zu veranschlagen. Die zahlreich ankommenden Käufer, auswärtige Händler und Fabrikanten, belebten das Geschäft, so daß fast Alles verkauft wurde. Aber die Preise hoben sich dennoch nicht, gingen vielmehr gegen Mittag um 2-3 Thlr. zurück. Die Produzenten eilten, loszuschlagen, in der Befürchtung, daß ihre Wolle unverkauft bleiben könnte, und die Käufer benutzten diese Konjunktur, um billig einzukaufen.

Schiffsberichte.

Swinemünde, 13. Juni, Nachmittags. Angelommene Schiffe: Johannes, Detels; Johannes, Offenbrügge von Hamburg; Thornev Close, Begg von Sunderland; Flinn, Revell von Seaham, legte 2 Fische in Swinemünde. Revier 14 1/2 F. Wind: NW. 1 Schiff in Sicht.

Börsen-Berichte.

Stettin, 14. Juni. Witterung: bewölkt und windig. Temperatur: + 19° R. Wind: West.

An der Börse. Weizen wenig verändert, loco pr. 85 Pf., gelber 60-67 Pf. bez., mit Auswuchs 36-56 Pf. bez., 83-85 Pf. gelber Juni-Juli 66 1/2 Pf. bez., Juli-August 67 Pf. bez., Br. u. Ob., September-Oktober 67 Pf. Br. u. Ob. Roggen matt, pr. 2000 Pf. loco 41 1/2-43 1/2 Pf. bez., Juni-Juli 41 1/2, 42 1/2, 1/2 Pf. bez. u. Br., Juli-August 42 1/2, 42 Pf. bez. u. Br., September-Oktober 43 1/2, 1/2 Pf. bez. u. Ob. Gerste loco pr. 70 Pf. fidej. 40-42 Pf. bez., Oederbruch 44 bis 45 1/2 Pf. bez., 70 Pf. fidej. Juni 42 Pf. Br., 41 1/2 Pf. Ob. Hafer 47-50 Pf. loco. Juni-Juli 29 Pf. bez. Erbsen ohne Umsatz.

Rübsen stille, loco 14 Pf. Br., Juni 13 1/2 Pf. Br., September-Oktober 11 1/2, 1/2 Pf. bez., 11 1/2 Pf. Br., 11 1/2 Pf. Ob.

Spiritus wenig verändert, loco ohne Faß 12 1/2 Pf. bez., Juni-Juli 12 Pf. nominell, Juli-August 12 1/2 Pf. bez., August-September 13 1/2 Pf. bez.

Angemeldet: 50 Wpl. Roggen. Hamburg, 13. Juni. Getreidemarkt ruhig. Termingetreide flau. Weizen pr. Juni-Juli 5400 Pf. netto 112 Bankothlr. Br., 111 Pf. Br., Juli-August 114 Pf., 113 1/2 Pf. Ob. Roggen pr. Juni-Juli 5000 Pf. Brutto 75 Br., 74 Pf. Ob., pr. Juli-August 75 Br., 74 1/2 Pf. Ob. Del. geschäftslos, pr. Juni 26 1/2, pr. Oktober 25 1/2, 1/2 Pf. Wetter: schön.

Beim Schluß des Blattes war unsere Berliner Depesche noch nicht eingetroffen.